

**Karsten Rudolph:  
Wirtschaftsdiplomatie im Kalten  
Krieg. Die Ostpolitik der westdeut-  
schen Großindustrie 1945-1991,  
Campus Verlag Frankfurt/M.-  
New York 2004, 455 S. (39 €)**

Es ist nicht so häufig, daß ein aktiver Politiker ein profundes wissenschaftliches Werk vorlegt. Der Düsseldorfer SPD-Landtagsabgeordnete Karsten Rudolph, zugleich Privatdozent an der Ruhr-Universität Bochum, unternimmt dies mit der überarbeiteten Fassung seiner Habilitationsschrift. Er greift ein Thema auf, das der Wirtschaftsbasis seines Bundeslandes gerecht wird: die Aktivitäten der westdeutschen Wirtschaft im Ost-West-Konflikt, deren eigenständiger Beitrag zu einer Außenwirtschaftspolitik, die in den Hochzeiten des Kalten Kriegs friedensfördernd wirkte und wesentliche Grundlagen für die Entspannung zwischen den Blöcken legte, langfristig wohl auch zur Unterminderung des Ostblocks beitrug.

Die umfängliche Arbeit des Autors, der sich der Unterstützung der Hauptprotagonisten dieser Politik – des langjährigen Vorsitzenden des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Otto Wolff von Amerongen, des Krupp-Generalbevollmächtigten Berthold Beitz, des Bundesministers Egon Bahr sowie von Funktionären des Ost-Ausschusses und Vertretern des Krupp-Konzerns – versichern konnte, ermöglicht einen recht tiefen Einblick in die Schwierigkeiten dieser Politik mit den Bundesregierungen und den Westalliierten wie auch in die Konflikte innerhalb der Wirtschaft.

Die westdeutsche Wirtschaft durchlief einen komplizierten, aber konsequenten Lern- und Anpassungsprozeß, der es ihr ermöglichte, sich von der unmittelbaren Beteiligung und Nutznießerschaft an der NS-Eroberungspolitik fast nahtlos auf eine ökonomisch bestimmte Fortsetzung expansiver Geschäftspolitik unter veränderten politischen Rahmenbedingungen umzustellen. Nach der Niederlage im 1. Weltkrieg wollte man mit »den Waffen der Wirtschaft« gegen den Rest der Welt antreten und zugleich doch auch die Waffen für eine neue militärische Auseinandersetzung schmieden. Nach 1945 wurde die Wirt-

schafts»waffe« entscheidend. Sie sicherte den schließlichen Erfolg beim wirtschaftlichen wie politischen Wiederaufstieg. Nicht zuletzt spielte die Wirtschaft eine Schlüsselrolle in den ökonomischen Beziehungen zum Osten und bei der Durchdringung dieses eigentlich aus dem Kapitalismus heraus gebrochenen Gebietes. Noch waren die Westzonen nicht souverän, da gaben schon Unternehmer die ersten Diplomaten ab, und so sollten sie auch in den nächsten zwei Jahrzehnten immer wieder vordringen.

1945 »war der Traum der Industrie von der deutschen Großraumwirtschaft ohne lästige fremde Konkurrenz durch störende Gewerkschaften ausgeträumt, ohne dass damit die Vorstellung von der idealen Komplementarität der deutschen und der sowjetischen Volkswirtschaft und die Angewohnheit, Südosteuropa als deutschen Hinterhof zu betrachten, schon verloren gegangen wäre. Auch wenn die Industrie mit schweren Nachkriegsbelastungen rechnete, mochte sie weder an ein endgültiges Zerbrechen der eigenen Wirtschaftskraft noch an ein technisch-industrielles Aufholen des sowjetischen Systems glauben.« (S. 13)

Sie wollte dabei sein, die Industrie, und auf ihren traditionellen osteuropäischen wie russischen, nun sowjetischen Absatzmärkten und Rohstoffquellen ihr Schäfchen ins Trockene bringen. Gerade die Ruhrindustriellen waren von der Europa-Euphorie der beginnenden 1950er Jahre und vor allem von der Montanunion mit antinationalen Vorgaben wenig begeistert, berichtet Rudolph. Der Osten dagegen bot für sie Alternativen, auch wenn der Osthandel zunächst von den Größenordnungen nicht relevant war und im Unterschied zur Nach-Rapallo-Politik der 1920er Jahre kein ökonomisches Gegengewicht zu politischer Benachteiligung sein mußte. Politisches Druckmittel sollte der Handel aber auf Dauer doch werden. Antikommunistische Handelskriege und damit Abhängigkeiten von den USA und dem Dollar bedrohten westdeutsche Interessen, während die Ostmärkte vertrauter schienen als andere.

Spätestens mit Moskaus Umorientierung auf die »friedliche Koexistenz« unter Chruschtschow boten sich hier zukunftsfähige Ansätze. Der Ost-Ausschuß der Deutschen Wirtschaft wurde so zu einer formell von der

Bundesregierung unabhängigen, aber einflußreichen und von den jeweiligen Regierungen nicht zu umgehenden Institution.

Ideologische Vorbehalte gegenüber dem so radikal anders gearteten System waren für einflußreiche Wirtschaftsverantwortliche wenig bedeutsam. Mehr fürchteten sie, nicht ausreichend von den wirtschaftlichen Möglichkeiten profitieren zu können. Die von Washington ausgehende Containment- und später Roll-Back-Politik mit ihren Wirtschaftsrestriktionen konnte da nur stören. Die berüchtigten COCOM-Listen der USA, die willfährig durch die Bundesregierungen unter Adenauer und Erhardt wie auch unter den Folgeregierungen umgesetzt werden sollten, kollidierten mit diesen Ambitionen. Bezeichnend die Episode jenes unsäglichen Röhrenembargos Anfang der 1960er Jahre, in dem die Bundesregierung letztlich der deutschen Stahlindustrie die zunächst gut anlaufenden Geschäfte verdarb, als sie den US-Forderungen, wenn auch zähneknirschend, nachgab. Profiteure waren zunächst die Briten, die das Geschäft machten, da sie sich solchen Embargos weniger bereitwillig unterwarfen.

Die westdeutschen Industriellen, die durch von Amerongen oder Beitz repräsentiert wurden, setzten auf wirtschaftliche Zusammenarbeit zunächst als Ersatz für die eingeschränkte westdeutsche Außenpolitikfähigkeit, wirkten als Eisbrecher für eine Normalisierung der Beziehungen BRD-UdSSR, immer wieder argwöhnisch von den Alliierten und der Bundesregierung beäugt. Sie waren schließlich in den 1960er Jahren – nunmehr in Übereinstimmung mit der veränderten außenpolitischen Konzeption Kennedys – Vorreiter einer »neuen Ostpolitik«, die auf Handel und Wandel mit dem bzw. im Osten setzte. In den beginnenden 1970er Jahren kam es gar zu einer – letztlich nur bedingt realistischen – »Goldgräberstimmung« hinsichtlich der Möglichkeiten des Ost-West-Handels, wenngleich all die Jahre zwischen 1960 und 1990 der Osthandel sich immer um die 4-5 Prozent des Gesamtaußenhandels bewegte. Ziele waren zunächst die Sowjetunion und die ost- bzw. südosteuropäischen Staaten als traditionelle Einflußzone deutscher Wirtschaftsexpansion. Lange blieb die DDR in diesen Bemühungen außen vor, wurde nur als Gegenstand einer Wiederverei-

nigungspolitik betrachtet. Eine Mittlerrolle und wirtschaftspolitisch normalisierte Beziehungen hätten das ganze Konstrukt einer relativ eigenständigen Außenwirtschaftspolitik in Richtung Osten unterlaufen können.

Die politischen Wirkungen der Ostorientierung der westdeutschen Wirtschaft waren zwiespältig. Zweifellos hat sie in den osteuropäischen Ländern eine Weltmarktöffnung begünstigt, hat Grenzen der starren Planwirtschaft gelockert, ökonomische Mechanismen als Voraussetzungen für Reformprozesse gefördert, ganz zu schweigen vom alltäglicher werdenden Kontakt mit Geschäftsleuten und Ingenieuren. Gleichzeitig wurden durch die westdeutsche Seite aber Krisen im Osten – wie 1980/81 in Polen – als Störungen und Bedrohungen empfunden. Der Westen wollte möglichst nicht den Reformwandel im Osten bezahlen. Es sollte auch bedacht werden, daß fehlende demokratische und Mitbestimmungsstrukturen im Osten – trotz der Fassade der sozialistischen Demokratie – offenbar gar nicht so fern des kapitalistischen Herzens mancher Westunternehmer lagen. Rudolph betont: »Die Kooperationspolitik der Industrie mag wie die Entspannungspolitik der Bundesregierung die Erneuerungs- und Reformbemühungen in den kommunistischen Ländern politisch begünstigt haben – konkret gefördert oder direkt unterstützen konnte sie sie nicht. Die deutsche Industrie war darauf fixiert, die Wirtschaftsbeziehungen weitgehend zu ›entpolitisieren‹.« (S. 339) Auch dies ein Hinweis für gegenwärtige und künftige Politik: Menschenrechte und Wirtschaftsbeziehungen passen nicht unbedingt zusammen, der Profit läßt leicht die Augen verschließen, Geschäft geht immer vor.

Eines ist allerdings unstrittig Verdienst jener beteiligten deutschen Unternehmer: der aktive Beitrag zum Entschärfen des Kalten Krieges. Wer handelt, der schießt nicht unbedingt aufeinander. Insofern ist Rudolphs Fazit entscheidend: »Die Beendigung des Kalten Krieges kann zwar nicht umstandslos auf das Konto der Ostdiplomaten und Osthändler der deutschen Industrie verbucht werden, doch entfalteten deren Aktivitäten eine beachtliche spannungsdämpfende Wirkung im Ost-West-Konflikt. Vor allem förderten sie einen kriegs- und konfrontationshemmenden Optimismus, der die entspannungspolitische Wende in Eu-

ropa erst ermöglichte und ohne den die Ostpolitik Willy Brandts und Walter Scheels in den siebziger Jahren ebenso schwer vorstellbar gewesen wäre wie ihre Behauptung durch die Regierung Kohl/Genscher in der Frostperiode der achtziger Jahre.« (S. 385)

STEFAN BOLLINGER

**Mathias Beer, Gerhard Seewann (Hrsg.): Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches. Institutionen – Inhalte – Personen, Südosteuropäische Arbeiten 119, R. Oldenbourg Verlag München 2004, 288 S. (44,80 €)**

Fast 60 Jahre mussten vergehen, bis bundesdeutsche Südosteuropaforscher einen ersten Versuch unternahmen, Rolle und Funktion ihres Fachs im Nationalsozialismus zu reflektieren. Die Südostdeutsche Historische Kommission (Tübingen, Marburg), das Südost-Institut München nebst dem eben dort beheimateten Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas, das Bundesinstitut für Kultur und Geschichte im östlichen Europa (Oldenburg) sowie das Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde (Tübingen) luden Ende Oktober 2002 zu einer Konferenz in die Räume der Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung München. Als Titel der Veranstaltung wählten die Initiatoren »Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches«, weshalb sie sich die Frage gefallen lassen müssen, was sie damit zum Ausdruck bringen wollten. Etwa, dass ein Schatten des nationalsozialistischen Terrorregimes auch auf eine ansonsten untadelige Wissenschaftsdisziplin gefallen ist? Oder dass eben diese Disziplin im Nationalsozialismus nur ein Schattendasein fristete? Beides wärebarer Unsinn. Denn wie Michael Fahlbusch in seinem Beitrag für den jetzt vorliegenden Tagungsband nachweist, war die deutsche »Besatzungspolitik der Vernichtung« auf dem Balkan in den Jahren 1941 bis 1944 nicht ohne die tatkräftige Unterstützung »zweifelhafter Experten« zu realisieren (S. 175 ff.). Zu diesen zählten Geographen, Ethnologen, Statistiker, Soziologen und Historiker, die sich

Südosteuropa im allgemeinen und die dort lebenden »deutschen Minderheiten« im besonderen zum Forschungsobjekt erkoren hatten und deshalb unter dem interdisziplinären Etikett der »Südostforschung« firmierten. Führende Vertreter des Fachs riefen nach 1945 – meist in enger Verbindung mit den Vertriebenenverbänden – die oben genannten Institutionen ins Leben oder sorgten, wie im Falle des Münchener Südost-Instituts, für deren »Wiederbegründung«.

Allein vor diesem Hintergrund erscheint es als ein gewagtes Unterfangen, nach »Elementen der Kontinuität und Diskontinuität« der Disziplin zu fragen, wie Mathias Beer in seinem Einleitungsbeitrag anmahnt (S. 12) – zumal, wenn von vielen heutigen Fachvertretern »historische Traditionen wie gewohnt ausgeblendet« werden (S. 15). Andere »Südostforscher« wiederum erachten es nach wie vor als vornehmste Pflicht, ihre im NS-Regime und in der BRD aktiven Kollegen gegen den Vorwurf, »Täterwissenschaft« betrieben zu haben, in Schutz zu nehmen (Christian Promitzer, S. 93 ff.). Im Mittelpunkt der daraus resultierenden Auseinandersetzungen steht im Tagungsband der Historiker und »Volkstumsforscher« Fritz Valjavec (1909-1960); fünf von dreizehn Beiträgen beschäftigen sich mit seiner Person. Das NSDAP-Mitglied Valjavec war 1937 Geschäftsführer des Südost-Instituts München geworden, 1940 außerdem erst Dozent, dann Professor am Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut in Berlin, einer Forschungsinstitution der SS unter Leitung von Franz Alfred Six, seines Zeichens Chef des Amtes VII (Weltanschauliche Forschung und Auswertung) im Reichssicherheitshauptamt (RSHA). Nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 kam der SS-Untersturmführer Valjavec zum Sonderkommando 10b der Einsatzgruppe D, das zu dieser Zeit in der Gegend von Czernowitz gerade mehrere tausend Juden und Kommunisten ermordete. In den 1950er Jahren betrieb Valjavec gemeinsam mit anderen ehemaligen Nationalsozialisten und in enger Verbindung mit den Vertriebenenverbänden, staatlichen Stellen sowie interessierten Wirtschaftskreisen die »Wiederbegründung« des Südost-Instituts und der bis 1945 in Wien ansässigen Südosteuropa-Gesellschaft; auf seine Initiative entstan-

den 1951 das Südostdeutsche Kulturwerk und 1957 die Südostdeutsche Historische Kommission. Der zentrale »inhaltliche Aspekt« der Südostforschung vor und nach 1945, der sich insbesondere in der Tätigkeit des Münchener Südost-Instituts widerspiegelt, sei die »Gegenerforschung« zur Abwehr vermeintlicher Feinde in Ost- und Südosteuropa gewesen, urteilt Gerhard Seewann in seinem Beitrag und verweist auf eine »ins Auge fallende Kontinuität« (S. 81).

Etlche seiner Kollegen sind ganz anderer Ansicht. So lässt Norbert Spannenberger bewusst »die Frage offen, wie tief (Valjavec) die nationalsozialistische Ideologie verinnerlicht und aus einer solchen Überzeugung heraus gehandelt hat« (S. 216). Laut Gerhard Grimm lassen die schriftlichen Äußerungen Valjavecs aus der Zeit des Dritten Reichs ohnehin »keine Verbeugung vor dem nationalsozialistischen Gedankengut erkennen« (S. 249); seine Mitwirkung bei Mord- und Plünderungsaktionen der SS sei lediglich ein »formaler Tribut« an das Regime gewesen (S. 255). Krista Zach wiederum versucht, den Nachweis zu erbringen, dass Valjavec diverse »Ausflüchte« unternommen habe, um nicht der SS beizutreten (S. 269) – da sie sich dabei allerdings ausschließlich auf dessen Tagebuchaufzeichnungen stützt, muss ihr Vorgehen als methodisch völlig unzureichend qualifiziert werden. Edgar Hösch geht in seiner Schlussbetrachtung sogar noch einen Schritt weiter und spekuliert über Verbindungen Valjavecs zum »kirchlichen Widerstand«. Von den institutionellen, personellen und inhaltlichen Kontinuitäten der deutschen Südostforschung vor und nach 1945 ist bei Hösch folgerichtig nicht die Rede; er lobt lieber »Valjavecs bleibende Verdienste um das Fach und um den organisatorischen Neuaufbau der bundesdeutschen Südosteuropa-Forschung in den unmittelbaren Nachkriegsjahren« (S. 283).

Die Bewertung des vorliegenden Tagungsbandes fällt somit zwiespältig aus. Neben reiner Apologetik finden sich verschiedene faktenreiche Beiträge über Institutionen, Inhalte und Personen der deutschen Südostforschung – hier wären nicht nur die bereits erwähnten Aufsätze von Fahlbusch, Promitzer und Seewann zu nennen, sondern auch die von Willi Oberkrome (S. 39 ff.), Christoph Morrissey

(S. 115 ff.), Isabel Heinemann (S. 135 ff.) und Christian Töchterle (S. 159 ff.). Das analytische Niveau der frühen Arbeiten von Erich Siebert (»Die Rolle der Kultur- und Wissenschaftspolitik bei der Expansion des deutschen Imperialismus nach Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn in den Jahren 1938-1944«, 1971) und Dorothea Willkomm (»Untersuchungen zur Anfangsphase der deutschen Südosteuropahistoriographie«, 1979) wird jedoch nur ausnahmsweise erreicht.

PEER HEINELT

**Micha Brumlik: Wer Sturm sät.  
Die Vertreibung der Deutschen.  
Hrsgg. von Michel Friedman,  
Aufbau-Verlag Berlin 2005,  
300 S. (18,90 €)**

Im Frühjahr 2005 erregten zwei Bücher zu historischen Themen im Umfeld des 60. Jahrestages der Befreiung Europas vom Nationalsozialismus und des Kriegsendes besondere Aufmerksamkeit: »Hitlers Volksstaat« von Götz Aly und »Hitlers Bombe« von Rainer Karlsch. Die Wirkung des ersten Buches hält an, und das – bei aller legitimen Kritik (neben auch manch bornierter), die Götz Aly auf sich gezogen hat – mit Recht. »Hitlers Bombe« hingegen ist mittlerweile weitgehend in der Versenkung verschwunden – vermutlich auch zu Recht.

Micha Brumliks fast zeitgleich erschienener Band »Wer Sturm sät. Die Vertreibung der Deutschen« erregte weniger Aufmerksamkeit. Das besagt nun keineswegs, dass sein Buch weniger wichtig oder weniger gut sei. Während Alys Buch ebenso spektakulär daherkommt wie wissenschaftlich ernst zu nehmen ist, aber wenig Anknüpfungspunkte für eine eigenständig fortwirkende, differenzierte Debatte bietet, erlaubt Brumliks Publikation genau diesen kritisch-selbständigen Zugang. Das ist eine Stärke dieses Buches, beileibe aber nicht die einzige.

Brumliks Buch (er spricht von einem Essay) ist in sechs Kapitel gegliedert. Im ersten Kapitel wird anhand der Forschungsliteratur ein kommentierender Abriss der Ereignisse von

Flucht und Vertreibung ab Ende 1944 gegeben, wobei verschiedene Phasen herausgearbeitet werden: »Die Umsiedlung der Volksdeutschen und die ersten Deportationen osteuropäischer Juden markierten die erste Phase des Vertreibungsprozesses. Darauf folgte gegen Ende des Zweiten Weltkrieges und mit der zurückweichenden Ostfront die von der Wehrmacht befohlene Evakuierung der von Deutschen bewohnten Gegenden – die zweite Phase. Ihr folgte die dritte Phase unorganisierter Flucht aus Furcht vor Greueln der Roten Armee, an die sich schließlich die vierte, die Phase der politisch ausgehandelten Vertreibung, die sich von März 1945 bis ins Jahr 1949 erstreckte, anschloss.« (S. 30)

Zu berücksichtigen ist, dass in der von Brumlik so bezeichneten ersten Phase auch viele Polen und andere Gruppen zwangsweise umgesiedelt und die monströsen Pläne des »Generalplans Ost« entwickelt wurden – unter Beteiligung auch von Wissenschaftlern wie Theodor Schieder, die später, wie Brumlik darlegt, an der offiziellen Geschichtsschreibung der Vertreibung der Deutschen mitwirkten. Im Übrigen lässt sich die vierte Phase noch einmal in eine Phase »wilder« Vertreibungen bis zur Potsdamer Konferenz sowie eine Phase »geregelter« danach unterteilen. Brumlik betont dabei die Beteiligung aller Siegermächte – also auch der US-Amerikaner und Briten – an Umsiedlung und Vertreibung bzw. die Tolerierung dieser Vorgänge durch sie. (S. 19)

Nachdem Brumlik sein erstes Kapitel mit einer Erörterung des Verhältnisses von Genoziden und Vertreibungen beschließt (S. 85 ff., 100 ff.), schildert das zweite Kapitel die Rolle der Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik Deutschland und den Weg von der »Charta der Heimatvertriebenen« von 1950 zu Erika Steinbachs »Zentrum gegen Vertreibungen«. Brumlik arbeitet dabei sowohl den nationalsozialistischen Hintergrund vieler Vertriebenenfunktionäre der fünfziger Jahre und die ungeheuerliche Anmaßung ihrer Charta als auch die (zumindest rhetorische) »mensenrechtliche Wendung« unter Erika Steinbach heraus, die ihr Mitstreiter wie Peter Glotz und Ralph Giordano zutrieb. Konsequenterweise ernst zu nehmen wäre diese Wendung für Brumlik jedoch nur, wenn auch die »Charta« aufgehoben werden würde.

Im dritten Kapitel untersucht Brumlik die Behandlung des Vertreibungsthemas in der westdeutschen Nachkriegsliteratur bis hin zu Grass' »Im Krebsgang« und anderen aktuellen Büchern. Kapitel vier (»Das Jahrhundert von Flucht und Vertreibung«) versucht, Flucht und Vertreibung ab 1944/45 in einen größeren historischen Kontext des 20. Jahrhunderts zu setzen. Im fünften Kapitel (»Schuld und Versöhnung vor der Geschichte«) werden philosophische, rechtstheoretische und theologische Aspekte behandelt, um so zu einer größeren begrifflich-methodischen Klarheit zu gelangen. Das sechste Kapitel (»Wer ist Siegfried Zoglmann?«) beschreibt schließlich deutsche Reaktionen auf Flucht und Vertreibung von Palästinensern 1947/49 und 1967 sowie die Umstände dieser Ereignisse in Israel und Palästina. Dabei bezieht Brumlik einen Standpunkt, der ebenso mutig wie differenziert ist und weder »antiimperialistischen« Linken noch rechten Israel-Kritikern oder, auf der anderen Seite, deutschen »Antideutschen« gefallen dürfte. Gerade dieses Kapitel unterstreicht, dass Brumlik ein im positiven Sinne unbequemes, forderndes Buch vorgelegt hat, das sich heiklen, komplizierten Fragen erfolgreich stellt und dabei differenzierend vorgeht, ohne historische Entwicklungen und Verantwortungen zu nivellieren.

Micha Brumlik wagt sich an historische Vergleiche (aber eben nicht Gleichsetzungen) mit anderen Vertreibungen, Genoziden, Kriegsverbrechen, staatlichen Massenverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Er beginnt dabei mit den jungtürkischen Aktionen gegen die Armenier im Osmanischen Reich 1915/16, die er klar als Genozid bewertet, geht weiter auf Ereignisse in Nationalsozialismus und Stalinismus ein und spannt den Bogen bis in die neunziger Jahre (Ruanda, Jugoslawien) und die Gegenwart (Sudan, Kongo u. a.). Eine These Brumliks lautet dabei, dass den meisten Genoziden Vertreibungen vorausgingen, dass jedoch Vertreibungen nicht notwendig zu Genoziden führen müssen und an sich keine Genozide darstellen. Eine – angedeutete oder explizite – Einordnung der deutschen Opfer von Flucht, Vertreibung und Umsiedlung als Opfer eines Genozids verwirft Brumlik daher nicht nur aus moralischen und politischen, sondern auch aus begrifflich-methodischen Gründen.

»So sehr ›wilde Vertreibungen‹ und auch die in Potsdam sanktionierten Abschiebungen den Menschenrechten widersprechen, so wenig waren sie doch Ausdruck eines bewußten Willens, das deutsche Volk auszurotten oder zu versklaven.« (S. 129)

Die Fragen von Flucht, Vertreibung und Umsiedlung deutscher oder deutschsprachiger Bevölkerungsgruppen aus Mittelosteuropa bzw. ihre opferreichen Umstände waren in der »alten« Bundesrepublik, entgegen manchen heutigen Behauptungen, nie tabuisiert oder verdrängt. Ganz im Gegenteil spielten sie in der politischen Diskussion, im Verbandswesen, in Filmen und Büchern eine große Rolle. Anders verhielt es sich wohl in der DDR, anders verhielt es sich bis zu einem gewissen Grade auch in der westdeutschen Linken seit Ende der sechziger Jahre. Micha Brumlik merkte dazu in Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung im März 2005 an, angesichts der dominierenden revanchistischen und den Nationalsozialismus indirekt relativierenden Positionen in den ersten zwanzig Jahren der Bundesrepublik sei es vielleicht unvermeidlich gewesen, dass die Linke das Thema von Flucht und Vertreibung eher ausgeklammert habe. Das stelle sich für eine heutige Linke, die sich vor allem als universellmenschenechtlich ausgerichtetes Projekt und nicht mehr als sozialrevolutionäres verstehen müsse, anders dar.

Eine der Grundeinschätzungen Brumliks besteht darin, die Vertreibungen 1945 und in den Jahren danach als den heutigen Vorstellungen von Menschenrechten vollkommen widersprechend zu charakterisieren und das Konzept des ethnisch homogenen Nationalstaats zu kritisieren. Brumliks Ausgangspunkt dürfte unstrittig sein, dass nämlich Flucht und Vertreibung gleich in mehrfacher Weise eine Konsequenz des Nationalsozialismus waren: als Reaktion auf seine massenhaften Verbrechen wie als Fortwirkung der riesigen NS-Umsiedlungsaktionen, von denen auch deutschsprachige Minderheiten aus ganz Europa betroffen waren. Nicht unbedingt muss man Brumlik aber in der Schärfe seiner Unterscheidung folgen, dass die Vertreibung der Sudetendeutschen im Wesentlichen unvermeidbar gewesen sei, das Ausmaß der Vergrößerung Polens und der Vertreibung der Deutschen dort aber

nicht. (S. 67 ff.) Einerseits hatte Polen noch weit mehr unter dem Nazi-Terror gelitten als die Tschechoslowakei, andererseits war die Illoyalität der meisten Sudetendeutschen gegenüber dem tschechoslowakischen Staat ausgeprägter gewesen. Diese Diskussion berührte auch die Frage der polnischen Westverschiebung, der Umsiedlung von Polen aus den zur Sowjetunion kommenden Gebieten usw., bei der es Brumlik ein wenig an Verständnis für die polnische Sichtweise mangelt.

Rückblickend fällt es schwer, eine Alternative zur Umsiedlungspolitik als solcher zu erkennen. Dass die Methoden brutal und das Ausmaß der Opfer immens waren, lässt sich ebenso wenig bestreiten. Brumliks Buch ist ein Strukturierungsvorschlag für weitere Debatten, dessen Stärke auch darin besteht, dass der Autor bereit ist, sich zwischen manche Stühle zu setzen. Dass er dabei weitgehend auf den modischen Gestus der sich selbst genügenden Provokation und des vorgeblichen, mutigen Tabubruchs verzichtet, mag die Vermarktung des Buches erschwert haben, macht die Lektüre aber zu einem großen Gewinn.

FLORIAN WEIS

**Fernand Braudel:**  
**Modell Italien 1450-1650,**  
**Verlag Klaus Wagenbach**  
**Berlin 2004, 243 S. (11,90 €)**

Das vorliegende Buch des französischen Nestors der Zivilisationsgeschichte Fernand Braudel (1902-1985) stellt einen Gipfelpunkt europäischer Geschichtsschreibung dar. Es basiert auf dem Kenntnisreichtum des Autors, seinem souveränen Gesamtblick auf die hier behandelte Epoche sowie seiner Liebe fürs Detail, der er gekonnt Ausdruck verleiht. Da der zuerst 1989 in Paris publizierte Text hier nunmehr als preiswerte Taschenbuchausgabe vorliegt, wird er sich leicht einem größeren Leserkreis erschließen. Neben kultur- und kunsthistorisch Interessierten ist er insbesondere auch Wirtschaftshistorikern, Soziologen und Philosophen zu empfehlen. Dies nicht zuletzt wegen seines Stils, welcher das Werk wohltuend von den schwer verdaulichen fachspezifischen Monographien abhebt.

Gegenstand des Buches ist die Gesellschaft Italiens zwischen Renaissance und Barock. Braudel zeichnet damit das Muster einer Zivilgesellschaft, deren Bedeutung weit über die Landesgrenzen hinausgeht. Er sieht im Italien jener Epoche das Leitbild Europas, ja, den Ausgangspunkt der europäischen Zivilisation und zugleich einen ihrer Höhepunkte. Zwischen 1450 und 1650 strahlte Italien weit über seine Grenzen hinaus. Seine Kulturgüter verbreiteten sich über ganz Europa. Mit den italienischen Waren gelangten italienische Moden, Denkweisen, Produktionsmethoden, Techniken, Finanzkünste, Tänze, Tischsitten, Kunstformen, Speisen, Baustile u. a. m. nach Nord-, West- und Osteuropa. Nicht selten war die Warenausfuhr mit dem Export entsprechender Spezialisten verbunden: italienische Künstler, Gelehrte, Baumeister, Köche, Tanzmeister, Tonsetzer, Astronomen, Gärtner, Fechtmeister, Bankiers usw. eroberten zwischen 1450 und 1650 die Welt und machten sie »italienisch«. Aber letztlich ist »die Geschichte Italiens die Geschichte des ganzen Abendlandes mit dem gesamten Beziehungsgeflecht, mit seinen diversen Erbschaften und Ererungenschaften...« (S. 34), in Italien kam vieles nur früher zum Tragen als anderswo, woraus sich seine Vorreiterrolle erklärt. Interessant ist, daß Braudel – ohne ein historischer Materialist zu sein – sehr klar erkennt, daß Italiens Vorrang in kultureller Hinsicht »auf der Grundlage wirtschaftlicher Überlegenheit« (S. 35) beruhte. Der Autor führt viele Belege dafür an, nicht zuletzt Studien, welche belegen, daß Italien »zwischen 1400 und 1450 sogar die industrielle Revolution gestreift« und zuvor bereits zweifelsfrei eine agrarische Revolution durchgemacht habe (S. 42).

Im einzelnen unterscheidet Braudel in der untersuchten Epoche *drei* Italien: (1) zwischen 1454 und 1494 ein glückliches, befriedetes, wirtschaftlich aufstrebendes Land; (2) von 1494 bis 1559 ein vom Krieg verwüstetes und von ausländischen Mächten beherrschtes Italien und (3) von 1559 bis 1650 ein größtenteils friedliches und nach 1621 auch wieder wirtschaftlich prosperierendes Italien. Dabei verlaufen ökonomischer und kultureller Auf- und Abstieg keinesfalls immer parallel. So ist der bekannte, bis 1509 andauernde trübe »Herbst des Mittelalters« eher ein wirtschaftliches Phänomen; kulturell ist es eine Blütezeit der Renaissance. Ähnlich

verhält es sich zu Anfang des 17. Jahrhunderts, als Europa im Zeichen des Preisverfalls und des wirtschaftlichen Niedergangs eine »kulturelle Blüte« nie gesehenen Ausmaßes erlebt. Braudel setzt sich mit diesen Widersprüchen auseinander und erklärt sie mit verschiedenen Theorien, sowohl für Italien als auch generell. Dabei scheut er sich auch nicht vor ziemlich gewagten Thesen. So vermutet er, daß »in einer Zeit der Krise die Reichen reich bleiben, die Armen dagegen immer ärmer werden«, was zur Folge hat, daß die Handarbeit im Preis sinkt. Dies aber, so Braudel, vermag vielleicht »die Kolossalbauten der Renaissance« zu erklären (S. 67).

Sehr anschaulich und von hohem Sachverstand zeugend sind auch die Darlegungen des Autors zur Federführung Italiens auf finanztechnischem Gebiet, im Bankwesen, beim Wechselgeschäft, im Rechnungswesen, bei der Kreditvergabe und bei der Regelung des Geldumlaufs. Fast alle Erfindungen des modernen Geldwesens stammen aus Italien und aus dem hier betrachteten Zeitraum. Dem besonderen Talent und außerordentlichen Geschick der Genuesen auf diesem Gebiet widmet Braudel einen ganzen Abschnitt (S. 103 ff.). Gerade hieran wird aber auch deutlich, in welchem Maße Italien *europäisch* war, denn die ganze Geschicklichkeit und Finanzkunst der Bankiers aus Florenz und Genua wäre belanglos, hätten sie nicht damit den Welthandel finanziert, die Unternehmungen Karls V. und Philipps II., der Päpste in Rom u. a. m.

Natürlich ist das Buch auch ein kunstgeschichtliches Werk, mehr noch in bezug auf den Barock als auf die Renaissance. Braudel versucht, die verschiedenen Strömungen, die letztlich den Barock als Kunstrichtung ausmachen, zu skizzieren und ihren italienischen Ursprung nachzuweisen. Er sieht in Italien »seit der Mitte des 16. Jahrhunderts ... den Barock nahezu in seiner Gesamtheit« verkörpert (S. 123). Diese These stützt sich auf Beispiele aus allen Bereichen des kulturellen Lebens, der Baukunst, der Gartenkunst, der Oper, der Literatur, der Malerei, der Skulptur usw. Ist nicht alle Kunst dieser Zeit »barock«? Ja, in Italien, vor allem in Rom, anderswo hingegen bleibt der Barock eher die Ausnahme. Braudel versucht dafür eine Erklärung zu geben, schweift aber auch ab vom Thema, indem er allgemeine Betrachtungen über die geistige Verwandtschaft zwischen Barock und Romantik anstellt (S. 126 ff.) und

beiden Kunstrichtungen eine »pathetische Ruhelosigkeit« unterstellt.

In den letzten Kapiteln des Buches beschreibt der Autor den Niedergang Italiens im 17. Jahrhundert. Er sieht diesen als relativ an, denn er vollzieht sich vor dem Hintergrund des Aufstiegs der west- und nordeuropäischen Staaten. Die Gründe für diese Entwicklung sind auch hier wieder vornehmlich wirtschaftlicher Natur, insbesondere die Verlagerung der internationalen Handelswege in den Atlantik und der Rückgang des Edelmetallimports aus Amerika. Daß Italien hierunter mehr litt als beispielsweise Portugal oder die Niederlande, führt er auf »die Ansprüche einer verwöhnten, verfeinerten Superstruktur« zurück, während andere Länder mit einer »einfacheren, gesünderen Wirtschaft« besser damit zurecht kamen (S. 195). Den Schluß des Buches bildet ein theoretisches Kapitel, worin Fragen des Aufstiegs und des Niedergangs einer Region sowie des Zusammenhangs von wirtschaftlicher Konjunktur und kultureller Blüte diskutiert werden.

ULRICH BUSCH

**Wolfgang Scheler, Ernst Woit (Hrsg.): Kriege zur Neuordnung der Welt. Imperialismus und Krieg nach dem Ende des Kalten Krieges, Kai Homilius Verlag Berlin 2004, 306 S. (24,80 €)**

Gravierende Veränderungen in der Weltordnung und im System der internationalen Sicherheit sind für die Herausgeber der Ausgangspunkt für den Gegenstand der Publikation. »Davon ist auch der Krieg betroffen. Ganz offensichtlich wandelt sich die Rolle, die Krieg in der Staatenwelt spielt.« (S. 11) Diesem Thema widmen sich die Beiträge der 10 Autoren, die vor allem mit der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik verbunden sind. Weitere Autoren gehören zur Rosa-Luxemburg-Stiftung und zum Arbeitskreis Militär und Sozialwissenschaften.

Bemerkenswert sind zunächst Gedanken zu einer Imperialismustheorie der Gegenwart. Für *Arnold Schölzel* geht es sowohl um Züge des klassischen Imperialismus wie verschärfte Konkurrenz wie auch um eine Neuaufstellung

für künftige Auseinandersetzungen, namentlich für eine stabile Energieversorgung. Neu erscheinen für ihn u. a. die Existenz einer einzigen Supermacht, die Art und Weise der propagandistischen Offenheit der Kriegsvorbereitung, die offen erklärte Absicht, grundlegende Prinzipien des Völkerrechts zu brechen und das Ziel der Rekolonialisierung. *Wolfgang Scheler* sieht in den jüngsten Kriegen zur Neuordnung der Welt ein Instrument imperialistischer Politik im Sinne neoliberaler Globalisierung. *Ernst Woit* setzt sich mit der Apologetik des neuen Imperialismus, insbesondere mit dem »neuen demokratischen Kolonialismus« auseinander. *Erhard Crome* betrachtet aus heutiger Sicht Lenins fünf Merkmale des Imperialismus im Zusammenhang mit den erheblichen Veränderungen, die den neuen Imperialismus kennzeichnen. Er zieht auch Ideen zur Imperialismustheorie von Karl Kautsky und Joseph Schumpeter zurate.

Der Hauptbeitrag zur Analyse des Wesens der Kriege der Gegenwart stammt von *Wolfgang Scheler*. Grundsätzlich stellt Scheler fest: »Wesensänderungen des Krieges werden hervorgerufen von neuen geopolitischen Gegebenheiten, von der jeweiligen Interessenkonstellation der globalen Akteure und der Machtverteilung zwischen ihnen, aber auch von tiefgreifenden technischen Neuerungen, die Revolutionen in der Kriegführung ermöglichen.« (S. 30) Er argumentiert gegen die Theoretiker des »neuen Krieges«, die von einer Entstaatlichung und Privatisierung des Krieges reden. Er weist nach, dass gerade Staaten, darunter die USA an erster Stelle, mit Unsummen für die Rüstung ihre Fähigkeit zur Kriegführung erhöhen. Als besonderes Merkmal der Kriege zur Neuordnung der Welt hebt Scheler die extreme Ungleichheit in den militärischen Fähigkeiten der kämpfenden Seiten hervor: »Die ganz Starken kämpfen gegen die ganz Schwachen.« (S. 47) Die Ursache dafür sieht er in einer neuen Revolution im Militärwesen, die zu Kriegen mit High-Tech-Waffensystemen geführt hat, bei denen faktisch ein Monopol vor allem der USA existiert. Diese Ungleichheit könne so weit gehen, dass die überlegene Seite der unterlegenen Seite nahezu jede Möglichkeit zur Gegenwehr nimmt. Damit verliere der Krieg ein von Clausewitz analysiertes Wesenselement, nämlich: ein Zweikampf zu sein. Eine besonders gefährliche Folge dieser Entwick-



lung bestehe darin, dass die Unterlegenen danach streben, in den Besitz von Massenvernichtungswaffen zu kommen. Da auch die USA neue Kernwaffen für den Einsatz auf dem Gefechtsfeld entwickelten, werde die Welt unsicherer. »Kriege und sogar die Anwendung von Massenvernichtungswaffen in ihnen werden wahrscheinlicher.« (S. 50) Zum Schluss zeigt Scheler, welchen Rückfall im Denken über den Krieg es seit dem Ende des Kalten Krieges gibt. Seine Mahnung: »Die Kriege zur Neuordnung der Welt sind ein Kapitalverbrechen ... Noch ist Umkehr möglich.« (S. 60)

Einen informativen Beitrag über das Verhältnis von »neuen« Kriegen und Völkerrecht bietet *Gregor Schirmer*. Er widerspricht vehement den Auffassungen vom »Auslaufen« des Völkerrechts wegen einer angeblich privaten Anwendung militärischer Gewalt. Er beleuchtet den Unterschied zwischen bewaffnetem Kampf von Befreiungsbewegungen und Terrorismus. »Es versteht sich, dass terroristische Akte nicht zu den legitimen Mitteln des bewaffneten Befreiungskampfes gehören, ebenso wenig wie der Staatsterrorismus gegen Befreiungsbewegungen.« (S. 71) Schirmer wendet sich gegen die Perversion des Rechts auf Selbstverteidigung, indem Angriffskriege wie gegen Afghanistan und gegen Irak zu Verteidigungskriegen umdefiniert werden. Dazu komme noch die Rechtfertigung von »vorbeugenden Militärschlägen«. Wenn sich diese »Logik« durchsetzen würde, wäre das der Tod des kollektiven Sicherheitssystems der UNO, betont Schirmer. Trotz der Erfahrung, dass das Völkerrecht keine besonders wirksame Schranke gegen Kriege war, sollte es verteidigt und weiterentwickelt werden.

*Ernst Woit* setzt sich mit der Strategie und Ideologie der Rechtfertigung imperialistischer Kriege auseinander. »Angesichts der Ablehnung des Krieges durch die Mehrheit der Menschen in den NATO-Staaten suchen deren Regierungen Kriege mehr als zuvor in der Geschichte damit zu rechtfertigen, dass sie den jeweils geplanten Krieg als angeblich einzig noch verbliebenen Weg zur Abwendung schlimmster Gefahren darstellen.« (S. 93) Da sie dafür über alle ideologischen und medialen Möglichkeiten verfügen, könnten sie – zumindest kurzfristig – eine hinreichende Kriegsbereitschaft der Mehrheit der Bevölkerung erreichen. Woit stellt

nüchtern fest, dass es noch längere Zeit weiterer und größerer Anstrengungen aller Friedenskräfte bedarf, um eine so starke Gegenöffentlichkeit herzustellen, die keinen imperialistischen Krieg mehr zulässt. In einem zweiten Beitrag beschäftigt sich Woit mit den Asymmetrien der Kriegführung. Er sieht solche in den Zielen, den Mitteln, den Opfern und Folgen der Kriege sowie in der Völkerrechtspraxis.

Der ehemalige General der NVA *Hans-Werner Deim* behandelt aus militärwissenschaftlicher Sicht Kriegstheorien der Gegenwart. Die Kriegstheoretiker der USA und ihrer Verbündeten bezögen sich auf den Krieg neuesten Typs: den für die imperiale Globalisierung. Neben modernsten Waffen und ausgeklügelten militärischen Kampfweisen würden nach wie vor die politischen, ökonomischen und ideologischen Kampfformen angewandt. Die erste Etappe des neuesten Kriegstyps werde sich gegen die muslimische Welt richten; die zweite Etappe – die Hauptschlacht – gegen China. Infolge der unbefriedigenden Ergebnisse der jüngsten Kriege nähmen die Politiker und Strategen der USA Anleihen bei der deutschen Blitzkriegsstrategie auf. Deim prophezeit: Da die eurasischen Groß- und Mittelmächte über bedeutende und wachsende Potenziale verfügten, werde die Lebensdauer der »imperialen« USA kurz sein. (S. 154)

Der ehemalige General der Bundeswehr *Hermann Hagen* gibt einen Ausblick auf die Pläne der USA für die Kriegführung im Weltraum. Dabei kommt er zu dem Schluss, dass die USA in der militärischen Nutzung des Weltraums einen großen und tendenziell wachsenden Vorsprung hätten. Aber deren finanzielle Mittel seien auch nicht unbegrenzt. Trotz des Widerstandes der derzeitigen Regierung in Washington sollte nicht nachgelassen werden in dem Bemühen, eine völkerrechtliche Ächtung der Aufrüstung im All zu erreichen.

Die Themenvielfalt dieser interessanten Publikation reicht weiter von der Betrachtung der russischen Sicht auf künftige Kriege, über das Phänomen der Selbstmordattentäter bis zu dem Angebot einer Definition des Terrorismus.

Am Schluss kennzeichnet *Erhard Crome* die Bewegung der Sozialforen als ein Mittel zur Begrenzung einer imperialen Weltordnung. Diese Bewegung zeige: »Eine andere Welt ist nicht nur nötig, sondern auch möglich.« (S. 287)

BERNHARD HEIMANN